

@l p t r a u m - Bundesregierung will Dokumente über Polizeipanzer geheimhalten

Nicht nur in den USA hantiert die Polizei mit Militärgerät, auch in Deutschland rüsten Polizeibehörden auf. Infos dazu will das Bundesinnenministerium aber nicht herausgeben – angeblich, weil die öffentliche Sicherheit gefährdet wäre. Deswegen verklagen wir die Bundesregierung.



60 Millionen für Wasserwerfer

Die Blockadehaltung des Innenministeriums zeigt, dass die Bundesregierung eine öffentliche Diskussion über den Einsatz der Polizeipanzer scheut. Alleine die Rheinmetall-Sonderwagen der Marke „Survivor R“ kosten den Bundeshaushalt pro Stück mindestens 500.000 Euro. Für die Beschaffung von Wasserwerfern stehen dem Innenministerium 60 Millionen Euro zur Verfügung, eine Ausschreibung für Polizeipanzer läuft derzeit.

„Defund the police!“ – Eine der lautstärksten Forderungen der Black Lives Matter-Bewegung in den USA geht direkt ins Geld. Aktivist:innen setzen sich seit langem dafür ein, dass die stark ansteigenden Budgets der Polizeibehörden umverteilt werden. Statt Polizist:innen hochzurüsten, sollten Kommunen und US-Bundesstaaten nach ihrem Willen in den Sozialstaat investieren.

argumentiert nämlich auf eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), dass alleine die Auskunft darüber, wie viele Polizeipanzer das Innenministerium für die Bundesländer auf Kosten des Bundeshaushalts derzeit anschafft, „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ beeinträchtigen würde.

Deswegen verklagen wir das Innenministerium gemeinsam mit dem freien Journalisten Lennart Mühlenmeier.

Auch in Deutschland wachsen Befugnisse und Haushalte der Polizeibehörden seit vielen Jahren. Sinnbildlich für diese Entwicklung sind Polizeipanzer – die sich alle Bundesländer inzwischen angeschafft haben. In sogenannten Wasserwerferstaffeln halten die Länder neben Wasserwerfern auch im Polizeijargon „Sonderwagen“ genannte gepanzerte Wagen vor, die von Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall produziert werden. Viel bekannt ist über die Einsatzzwecke des Militärgeräts allerdings nicht.

In Brandenburg bilden zwei Wasserwerfer mit zwei Sonderwagen eine Wasserwerferstaffel. Diese soll zum Schutz der öffentlichen Ordnung gegen Aufstände und Demonstrationen (und Fußballspiele) eingesetzt werden. Informationen über solche kostenintensiven Anschaffungen bleiben bisher in der Regel aber „Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch“. Nach der Definition des Innenministeriums dürften daher auch die bereits bekannten Informationen – Sachsen etwa schuf 2017 zwei Sonderwagen des Typs „Survivor R“ von Rheinmetall mit Frakturschrift im Inneren an – die öffentliche Sicherheit gefährden.

Bereits eine vorige Anfrage zur Anzahl der angeschafften Wasserwerfer hatte das Innenministerium abgelehnt, nach unserem Widerspruch jedoch die begehrten Informationen doch herausgegeben. Entscheidend ist bei IFG-Anfragen nämlich nicht, ob ein Dokument als Verschlussache eingestuft ist, sondern ob der Inhalt tatsächlich geheimhaltungsbedürftig ist. Das dürfte auch bei unserer Klage nicht der Fall sein. Jetzt liegt es am Berliner Verwaltungsgericht, darüber zu entscheiden.

Unterstützen Sie unsere Klage mit Ihrer Spende! Um die Dokumente zu befreien, rechnen wir hier mit einem Kostenrisiko von 2.500 Euro.

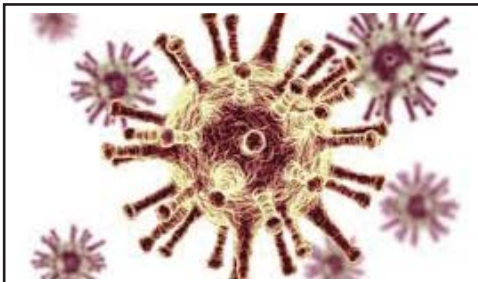
Nähere Informationen:

<https://fragdenstaat.de/blog/2020/06/09/klage-polizeipanzer-intransparenz/>

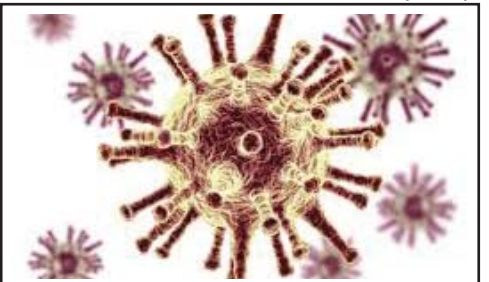
Sicherheit durch Intransparenz?

Das liegt vor allem an den Behörden selbst. Das Bundesinnenministerium

(HaDe)



Alle Termine
sind wegen
der Corona-Krise
unbestimmt



@l p t r a u m - seit 2005 die kostenlose Zeitung für Menschen ohne Lobby



redaktion@alptraum.org



www.alptraum.org



@lptraum - Atombomben sind nicht des Volkes Wille !

Die große Mehrheit der Bundesbürger ist gegen die Stationierung von Atombomben auf deutschem Boden.

Für ein Verbot, hierzulande US-amerikanische Massenvernichtungswaffen zu lagern, sprechen sich 86 Prozent der Befragten aus.

Das prinzipielle „Nein“ des Volkes besteht schon länger als ein halbes Jahrhundert.

Entsprechend haben auch die Bundesregierungen seit 1990 behauptet, sie wünschten den Abzug.

Tatsächlich machten sie aber keinen Finger krumm, sondern nur Bückling, wenn die USA ihr nukleares Arsenal in Deutschland zu erweitern wünschten.

Ganz vorn dabei unter den Doppelzüngigen: Außenminister Heiko Maas, SPD.

Was bringt die Tagesschau darüber? So gut wie nichts.



Um einer Legende abzuweichen: Die USA unterhalten nicht nur im rheinland-pfälzischen Büchel ein Atombombenlager. Vielmehr haben sie nukleare Massenvernichtungsmittel auf weitere rund zwei Dutzend Sondermunitionslager, Raketenstellungen und Artilleriegarnisonen verteilt.

Auf Standorte in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Es handelt sich um Gefechtsköpfe für

Raketen, um Minen und Artilleriegeschosse.

In welchen Mengen sie in unserer Republik bereitgehalten werden, weiß nicht mal die Bundesregierung genau. Trotzdem steht das politische Funktionspersonal im Reichstag zum US-Regime, zwar würdelos, aber in Treue fest.

Beispiel: Als im Juni 2017 in der UN-Generalversammlung 122 Staaten den Atomwaffen-Verbotsvertrag beschlossen, enthielt sich Deutschland der Stimme.

Als die Linkspartei im September dieses Jahres beantragte, Deutschland solle dem Vertrag nachträglich beitreten, lehnte die Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP das ab.

Regierung und Parlamentsmehrheit piffen damit wie üblich auf Volkes Willen.

Quelle: Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.

@lptraum empfiehlt, sich täglich umfassend zu informieren,

z.B. per Newsletter von www.nachdenkseiten.de



NachDenkSeiten
Die kritische Website

**15 Jahre @lptraum 2005 - 2020: Kostenlose Hannoversche Zeitung**

Über 185 Print- & Onlineausgaben gegen den Sozialabbau für Menschen in prekären Lebenslagen

Mitglied im DPV Deutscher Presse Verband [Verband für Journalisten e.V. Hamburg] www.dpv.org

Aktuelle Informationen & Material: www.alptraum.org oder: www.hannover-gegen-sozialabbau.de

WLAN-Hotspot alptraum.org unter: <https://hannover.freifunk.net/karte/#/de/map/b04e26b07bba>

Spenden für Druck- & Papierkosten bitte an: Postbank Hamburg, IBAN: DE58201100222494378184

Druck: Copyshop Hannover Copy excellent, Arndtstr. 6, 30159 Hannover <http://copy-excellent.de/>

@lptraum

MITGLIED IM

@lptraum



Deutscher
Presse
Verband



Impressum:

“ALP-Traum” ist seit 2005 ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt, Plattform Hannover-gegen-Sozialabbau.de

+++ Die Redaktion ist Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg +++
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0176 50 230 515

@lptraum-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, E-Mail: redaktion@alptraum.org

@lptraum erscheint monatlich, Druck-Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, IBAN: DE58201100222494378184 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat.

Spendenquittungen sind leider nicht möglich. Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto,

Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte uns per E-Mail einen Hinweis geben. Danke.

Impressum:

@lptraum-Demokratieverlust - Wer informiert ist, sich nicht wehrt, lebt verkehrt !

*** Wer hilft in Hannover Menschen in prekären Lebenslagen ***



Hannöversche AIDS-Hilfe e.V., Lange Laube 14	Termin vereinbaren, 360 696-0
ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
KDA Diakonie-Beratung, Archivstr. 3	Termin vereinbaren, 1241-445
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 124 00-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 701 48-21
Sozialverband VdK, Am Schiffgraben 40	Termin vereinbaren, 131 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Grupenstraße 8	Termin vereinbaren, 270 739-0

Obdachlosenhilfe: Ausgabe von Essen & Spenden Mo. Di.+Do. am Raschplatz

Zentrale Beratungsstelle ZBS
Berliner Allee 8
30175 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 990 40-0

Kontaktladen Mecki
Raschplatz 8 c-d
30161 Hannover (Zentrum)
Mo - Do 8.00 - 11.00 Uhr
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr
Sa 8.00 - 10.00 Uhr
Tel.: 0511 / 348 02 64

Tagestreffpunkt DÜK
»Dach über'm Kopf«
Berliner Allee 8
30175 Hannover
Mo-Fr. 9.30-14.30
Mi.- 14.00 Uhr - Sa./So. geschlossen
Tel.: 0511 / 363 25 38

Tagestreff Nordbahnhof
Schulenburg Landstr. 34
30165 Hannover (Hainholz)
Mo-Do 12.30-17.30 - Sa./So. geschlossen
Tel.: 0511 / 920 56 60

Männerwohnheim Büttnerstraße
darin: Werkheim - Kaffeestube
Mo. - So.: 6:00 - 14:00 Uhr
Büttnerstr. 9
30165 Hannover (Vahrenwald)
Tel.: 0511 / 358 56-0

Unterkunft Wörthstraße
Wörthstr. 10
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 388 48 93

Treffpunkt Köthnerholzweg
Köthnerholzweg 9
30451 Hannover (Linden)
Mo. - Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr
Beratung nach Vereinbarung
Tel.: 0511 / 211 06 34

Männerwohnheim
Schulenburg Landstraße 335
30419 Hannover (Schulenburg)
Tel.: 0511 / 978 17 90

Neues Land - Auffanghaus für Männer
Steintorfeldstr. 11
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 31 97 15

Frauenunterkunft
Gartenstr. 20
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 34021-0

Szenia
Tagestreff und Beratung für Frauen
Volgersweg 6
30175 Hannover
Mo.bis Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr
Tel.: 0511 / 760 01 00

Neues Land
Auffanghaus für Frauen
Lange-Hop-Str. 44
30559 Hannover (Bemerode)
Tel.: 0511 / 51 463

Paul-Oehlkers-Haus
Plantagenstr. 17
30455 Hannover (Badenstedt)
Tel.: 0511 / 260 92 43

Krankenwohnung Die Kurve
Diakonie
Helmstedter Str. 1
30519 Hannover (Kirchrode)
Tel.: 0511 / 838 73 20

Karl-Lemmermann-Haus
Am Wacholder 9
30459 Hannover (Oberricklingen)
Tel.: 0511 / 410 282-0

Lindener Tisch e.V.
Dienstag, Mittwoch, Freitag, jeweils
~~08.30 - 09.30 Uhr Frühstück 0,50€~~
12.30 - 14.30 Uhr Mittagsessen für 1,50 €
Lebensmittel- (Tiernahrungs-) Ausgabe:
Mo. + Do. - jeweils ab 14.30 Uhr, je 2,- €
(Wartezeiten möglich, Vorrang für bestimmte
Personengruppen z.B. mit B-Ausweis)
Ausgabestelle: Mittagsessen 13.00-14.00
Dunkelberggang 7 - nahe Schwarzer Bär
Mittwochs: ärztlicher Dienst Caritas ???

Neues Land - SOS Bistro
Steintorfeldstr. 4a
30161 Hannover (Zentrum)
Di.-Fr.: 15:00 - 20:00 Uhr,
Sa. und So.: 17:00 - 20:00 Uhr
Tel.: 0511 / 388 45 04

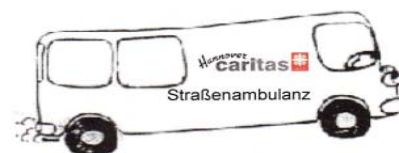
St. Clemens Samstagsfrühstück
des Caritas-Verband Hannover
Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 12 600-0

Caritas
Tagestreffpunkt für Wohnungslose
Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 126 00-0
sfw@caritas-hannover.de
Mo., Do., Fr.: 8.30 - 13.00 Uhr
Di.: 13.00 - 16.00 Uhr - Mi. 8.30 - 17.00 Uhr

Obdachlosenfrühstück der Caritas
jeden Samstag 8.30- 10.30 Uhr
Propstei St. Clemens,
Leibnizufer 13-15, 30169 Hannover

Der ärztliche Dienst für Wohnungslose

steht zum Glück wieder bereit,
angegebene Orte/Zeiten ohne Gewähr



alle nachfolgenden Angaben ohne Gewähr

Mon: **Schulenburg Landstraße**
*) 11.00-12.30 Uhr
Caritasverband Hannover e.V.
10:00-11.30 Uhr (ohne Mobil)

Die: Treff „Nordbahnhof“
14.00-15.00 Uhr (ohne Mobil)

Mit: Tagestreff Köthnerholzweg
10.00-11.30 Uhr
Frauenunterkunft Vinnhorster Weg
*) ab 12.00 Uhr (ohne Mobil)

Don: Caritasverband Hannover e.V.
14:00-15.30 Uhr (ohne Mobil)
K & S Unterkunft in Laatzen
11.00-12.00 Uhr (ohne Mobil)
Unterkunft Wörthstraße
*) 13.00-14.00 Uhr (ohne Mobil)

Sam: Caritasverband Hannover e.V.
09:30-11.00 Uhr (ohne Mobil)

Son: Treff „Nordbahnhof“
11.00-12.30 Uhr (ohne Mobil)
*) **Für Bewohner der Unterkünfte**

@lptraum -

«Lockdown rettete keine Leben, hat Leben gekostet», sagt Nobelpreisträger Michael Levitt

Regierende der Welt hätten kopflos auf das Coronavirus reagiert, behauptet ein britischer Nobelpreisträger.

Die Bekämpfung des Virus habe möglicherweise sogar mehr Leben gekostet als gerettet.

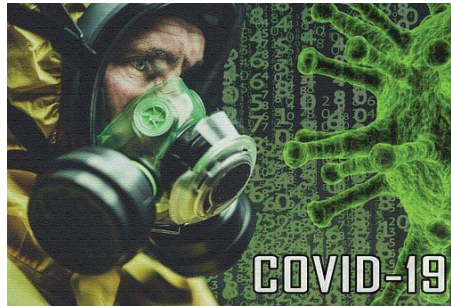
Der eigentliche Feind sei ein in der Angst geschaffenes «Panikvirus».

Der Corona-Lockdown habe mehr Tote verursacht als Leben gerettet. Das behauptet der britisch-amerikanisch-israelische Nobelpreisträger Michael Levitt (73), Professor an der renommierten Stanford-Universität.

Gegenüber der britischen «Telegraph» spricht der Professor im Gegenteil von einem «Panikvirus», das sich unter führenden Politikern der Welt verbreitet habe. Das überstürzte Handeln, so Levitt, habe mehr Schaden angerichtet als verhindert.

Schon im März schrieb Levitt, dass Behörden die mögliche Zahl der Todesfälle um das «10- oder 12-fache» überschätzen würden.

Der Wissenschaftler, der 2013 den Nobelpreis für Chemie für die «Entwicklung von Multiskalenmodellen für kom-



plexe chemische Systeme» erhielt, sagte seither konsequent, dass das Coronavirus schneller besiegt werde als von den meisten anderen Experten vorhergesagt.

«Ich denke, dass der Lockdown kein Leben gerettet hat», sagt Levitt jetzt und fügt hinzu, dass Regierungen im Gegenteil dazu hätten ermutigen sollen, Masken zu tragen und sich an andere Formen der sozialen Distanzierung zu halten.

«Das eigentliche Virus war das Panikvirus»

«Ich denke», sagt Levitt, der Lockdown «könnte Leben gekostet haben. Es wird einige Verkehrsunfall- und andere Leben gerettet haben, aber der soziale Schaden – häusliche Gewalt, Scheidungen, Alkoholismus – war ext-

rem. Und dann gibt es diejenigen, die wegen anderer Krankheiten nicht behandelt wurden.»

Nach seiner Analyse des Covid-19-Ausbruchs in China und auf dem Kreuzfahrtschiff Diamond Princess sagte Levitt Mitte März voraus, dass beispielsweise Grossbritannien rund 50'000 Menschenleben verlieren werde. Derzeit liegt die Opferzahl auf dem Inselreich bei knapp 37'000.

Der zuständige Corona-Wissenschaftler im Dienst der Regierung sprach von einem Modell mit bis zu 500'000 Todesfällen, weshalb das geplante Projekt der Herdenimmunisierung abgebrochen wurde.

Nachher ist man immer schlauer.

Levitt lässt sich entgegenhalten, dass sofort eingeleitete Schutzkonzepte vor Schlimmerem bewahrt haben.

Der Wissenschaftler sagt: «Ich glaube, das eigentliche Virus war das Panikvirus. Aus Gründen, die mir nicht klar sind, denke ich, dass die Regierenden in Panik gerieten und die Menschen in Panik gerieten, und ich denke, dass es einen großen Mangel an Diskussionen gab.»

Quelle: Blick

@lptraum - «Friede den Hütten...» ... In Palästen herrscht jedoch Sozialneid ?

Die Wahrheit:

Der Sozialneid der Villenviertel



Den Swimmingpool im besseren Viertel gibt es noch, aber das öffentliche Schwimmbad wird geschlossen. Warum eigentlich?

Ich (der taz-Redakteur) bin der Letzte, der die mitunter ja doch sehr piefigen sechziger und siebziger Jahre verklären wollte.

Aber dennoch stellen sich von heute aus gesehen einige Fragen:

Wieso war es damals, in einer Zeit,

in der die Gesellschaft als Ganzes weniger reich war, eigentlich möglich, öffentliche Schwimmbäder mit günstigen Eintrittspreisen zu betreiben – und heute geht das angeblich nicht mehr?

Wieso wurden neue Büchereifilialen eröffnet und nicht, wie heute, seit Jahrzehnten bestehende geschlossen?

Warum konnten damals massenweise bezahlbare Mietwohnungen gebaut werden, während heute fast nur noch Eigentumswohnungen entstehen? [...]

Sobald jemand etwas mehr Gerechtigkeit fordert, schreien sie auf und erklären, die Habenichtse gönnten ihnen ihren wohlverdienten Besitz nicht.

Umgekehrt wird ein Schuh draus. Wenn man sich den Niedergang des öffentlichen Sektors und den gleichzeitigen Anstieg der Privatvermögen seit den Neunzigern anschaut, dann

wird klar, warum die Bibliotheken und Stadtteilbäder geschlossen werden mussten.

Weil die „Besserverdiener“ es nicht ertragen konnten, dass es ein paar Dinge gab, die nicht nur ihnen, sondern allen gehörten.

Anschaulicher kann man den von den Reichen selbst erfundenen Begriff „Sozialneid“ eigentlich nicht definieren.

Quelle: taz



(HaDe)

@lptraum-Corona-Infos & News im Juli 2020:

Aktiv bestätigte Covid-19-Fälle in Deutschland

Die Zahl der aktiv am Coronavirus erkrankten und positiv getesteten Bürger in Deutschland stieg in der letzten Juli Woche um 660 auf 6.700, wie Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) für Infektionskrankheiten zeigen. Die NachDenkSeiten werden die Grafik dazu (Seite 8) wöchentlich in den Hinweisen des Tages aktualisieren.

Der Lockdown ist in der umgesetzten Form nicht durch diese Datenlage gerechtfertigt das haben die NachDenkSeiten in diversen Artikeln dargelegt

„Wir benötigen daher umfassende Informationen zu dieser Epidemie, um den gesellschaftlichen und politischen Diskurs über die richtigen Entscheidungen in dieser Krise evidenz- und faktenbasiert zu begleiten und zu bereichern. Das gelingt in besonderer Weise, wenn wir dazu verlässliche Daten darstellen und analysieren können. Leider reichen die Daten, die das Robert Koch-Institut bisher veröffentlicht, dafür nicht aus. Auch die Art der Veröffentlichung (z.B. in text- und bildbasierten Berichten, statt in maschinenlesbaren Datensätzen) hindert uns daran, die Bevölkerung ausreichend über die Epidemie zu informieren.“

Vorstehender Text ist ein Auszug aus der Anfrage
von 45 unterzeichnenden Journalisten,
die vom RKI die Coronadaten
spät aber doch noch
einfordern.

Eine weitere kritische Stimme zum Lockdown:

Professor Dr. Beda M. Stadler ist emeritierter Professor für Immunologie und ehemaliger Direktor des Instituts für Immunologie an der Universität Bern. Neben der wissenschaftlichen Tätigkeit ist er auch publizistisch tätig. Dieser Beitrag erschien auch in der Schweizer Weltwoche.

Das Coronavirus verzieht sich allmählich.

Was hat sich in den vergangenen Wochen eigentlich abgespielt ?

Die Experten haben grundlegende Zusammenhänge übersehen.

Die Immunantwort gegen das Virus ist viel stärker, als man dachte.

Dies ist keine Anklageschrift, aber eine schonungslose Bilanz.

Ich könnte mich selber ohrfeigen, weil ich das Virus SARS-Cov-2 viel zu lange mit Panik im Nacken betrachtet habe. Ein wenig ärgere ich mich auch über viele meiner Immunologen-Kollegen, die bislang die Diskussion rund um Covid-19 den Virologen und Epidemiologen überlassen haben.

Mir scheint, es wäre Zeit, einige der hauptsächlichen und komplett falschen Aussagen rund um dieses Virus in der Öffentlichkeit zu kritisieren.

Erstens: Es war falsch, zu behaupten, das Virus sei neu.

Zweitens: Noch falscher war es, zu behaupten, es bestünde in der Bevölkerung keine Immunität gegen dieses Virus.

Drittens: Es war sozusagen die Krönung der Dummheit, zu behaupten, man könne die Krankheit Covid-19 symptomlos durchmachen oder andere gar ohne Symptome anstecken.

Quelle: Beda M. Stadler auf der Achse des Guten.

Sozialer Stadtrundgang: Asphalt zeigt das andere Hannover

Kommen Sie mit - zum sozialen Stadtrundgang ! Jeweils am letzten Freitag im Monat !

Asphalt-Verkäuferinnen und -Verkäufer führen Sie zu Orten, an denen Wohnungslose keine Randgruppe sind. Erleben Sie die Straße neu und lernen Sie spezielle Anlaufstellen kennen: Wo sind die Schlafplätze von obdachlosen Menschen ? Wo duschen oder essen sie ? Wo gibt es Konflikte ?



Asphalt

Ein außergewöhnlicher Stadtrundgang
- von ExpertInnen der Straße geführt !

Asphalt-Stadtrundgang Mai:

Freitag, 25. Juli 2020,

15.00 Uhr Treffpunkt: Hallerstr. 3,

30161 Hannover

Bitte telef. anmelden: **0511-301269-0**

Teilnahme auf Spendenbasis:

ab 5 € pro Person.

Gruppen (Studierende, Schulklassen, Vereine etc.) vereinbaren bitte gesonderte Termine ! (Alp)

(Quelle: **Asphalt**-Magazin)

Infos: www.asphalt-magazin.de

@lptraum-Hartz IV-Urteil im Juli: Corona-Test nicht auf Kosten des Jobcenters

Jobcenter müssen weder die Kosten für einen Corona-Test zahlen, noch einen Mehrbedarf für erhöhte Ernährungskosten wegen der Corona-Krise (Covid-19) gewähren, urteilte das Sozialgericht (SG) in Frankfurt am Main.

Der Fall: Der 45-jährige Antragsteller bezieht Hartz IV-Leistungen und hat in einem gerichtlichen Eilverfahren verlangt, das Jobcenter zur vorläufigen Übernahme der Kosten eines Corona-Tests in Höhe von 200,- Euro zu verpflichten. Zudem machte er einen Mehrbedarf in Höhe von 100,- Euro für höhere Ernährungskosten wegen der Corona-Krise geltend. Sein Antrag hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Jobcenter ist nicht der zuständige Leistungsträger, sondern die gesetzliche Krankenversi-



cherung. Im Übrigen hat der Antragsteller selbst mitgeteilt, dass er nach den Angaben des Gesundheitsamtes nicht zu einer Risikogruppe gehöre. Daher ist der Test für ihn nicht notwendig. Er hat keinen Anspruch darauf, besser gestellt zu werden als der Personenkreis gesetzlich Krankenkasse. Die Voraussetzungen für die Gewährung eines Mehrbedarfs liegen nicht vor. Der Antragsteller hat nur be-

hauptet, dass er es als Hartz IV-Empfänger zunehmend schwerer habe, sich zu ernähren. Es bestehen jedoch bei Verbrauchsgütern und Lebensmitteln keine Versorgungsengpässe. Dies gilt auch für solche Waren und Lebensmittel, deren Erwerb Bezieher von Grundsicherungsleistungen aus dem Regelbedarf bestreiten müssen. (Siehe dazu auch @lptraum 06/2020: Sozialgericht Konstanz, Beschluss vom 2. April 2020 -

Az.: S 1 AS 560/20 ER)

Sozialgericht Frankfurt am Main, Beschluss vom 26. März 2020 - Az.: S 16 AS 373/20 ER

(Quelle: **DGB-einblick**).

<https://www.dgb.de/themen/++co++b-42ded6c-9f3d-11ea-9db2-525400e5a74a> (ErSt)

@lptraum - Buchtipp im Juli: Dietrich Kittner - Porträt der Kabarettlegende

Dietrich Kittner zum 85. Geburtstag am 30. Mai 2020 - Kabarettist mit Widerhaken, linker Denkspaßmacher, Kämpfer für Gerechtigkeit: Dietrich Kittner ließ sich nie den Mund verbieten.

Fünzig Jahre lang stand der Kabarettist Dietrich Kittner auf der Bühne, um Politikern und Wirtschaftsvertretern die Leviten zu lesen. Das handelte ihm den Ausschluss aus der SPD ein und führte dazu, dass er im Fernsehen nicht mehr auftreten konnte. Seine Bühnenauftritte aber konnten ihm nicht verboten werden - und die waren stets ausverkauft. Nicht zuletzt wurde sein Wirken mit dem Deutschen Kleinkunstpreis geehrt.

Dietrich Kittner (1935–2013) gründete schon im Alter von 25 Jahren ein eigenes Studentenkabarett. Später tourte er als Solokünstler kreuz und quer durch die Republik und konnte



aufgrund seiner marxistischen Positionen als einer der wenigen Westkünstler auch in der DDR auftreten.

In Hannover betrieb er gemeinsam mit seiner Ehefrau Christel drei Jahrzehnte ein eigenes Spielhaus: das Theater an der Bult und später das Theater am Küchengarten (TaK).

Die Autorin Sylvia Remé erzählt in ihrer Biografie die Geschichte eines zeitlebens unbeugsamen, aber auch umstrittenen Künstlers. Indem sie Kittners politisch-satirische Kunst historisch einordnet, öffnet sie einen Weg, dessen Werk im siebten Jahr nach seinem Tod neu zu entdecken.

Sylvia Remé:

Dietrich Kittner -

Porträt der Kabarettlegende,

zu **Klappen!**-Verlag 1. Auflage

05/2020, ISBN: 9783866746176,

304 Seiten, 24 €uro

<https://zuklappen.de>

(ErSt)



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto H.-D.Grube
IBAN: DE58201100222494378184



NachDenkSeiten
Die kritische Website



@lptraum - Niedriglohnsektor - mit Gerhard Schröder durchgesetzt**Für'n Appel und'n Ei arbeiten und dabei noch unter der Knute der Arbeitsverwaltung stehen**

In Deutschland wurde mit der Umsetzung des Hartz-Konzeptes die Entstehung des Niedriglohnsektors gefördert. Auf dem World Economic Forum in Davos am 28. Januar 2005, äußerte der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder: **„Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. Ich rate allen, die sich damit beschäftigen, sich mit den Gegebenheiten auseinander zu setzen, und nicht nur mit den Berichten über die Gegebenheiten. Deutschland neigt dazu, sein Licht unter den Scheffel zu stellen, obwohl es das Falscheste ist, was man eigentlich tun kann. Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt.“**

Als Gerhard Schröder dies sagte, waren die Hartz Gesetze gerade in Kraft getreten und die Fakten und Voraussetzungen für den Niedriglohnsektor

geschaffen. Auch in den Großstädten wurde diese Linie von SPD und Gewerkschaften unkritisch übernommen und anschließend die langzeitarbeitslosen Menschen immer weniger gefördert, aber dafür um so mehr gefördert. (...)

Den Teil des Arbeitsmarktes, in dem sich die Tage- und Stundenlöhner verdingen müssen, nennt man in den Großstädten den „Arbeiterstrich“ und meint damit diejenigen Menschen, die an der Straße stehen und auf einen „Arbeitgeber“ warten, der sie für'n Appel und'n Ei einige Stunden für sich schuftet lässt. Dabei wird leicht übersehen, dass der Personenkreis viel größer ist, als die bis zu hundert Menschen, die dort sichtbar sind.

Kaum jemand weiß, dass es regelrechte Kolonien in den Industriegebieten gibt, in denen vor allem Menschen aus den östlichen Nachbarländern als „illegale“ Menschen unter Plastikplanen hausen und auf dem Stundenlöhnermarkt immer weniger konkurrenzfähig sind, da sie für die harte Arbeit gesundheitlich gar nicht mehr in der Lage sind.

Die zunehmende Anzahl von obdachlosen Menschen ist ebenfalls auf diese Art der Beschäftigung an-

gewiesen, vorausgesetzt, das Pfandflaschensammeln lässt ihnen noch Zeit dafür. Die anderen Flaschensammler müssen stundenweise für ein Trinkgeld arbeiten, weil sie mit dem Geld vom Jobcenter nicht auskommen können oder durch Sanktionen nur noch einen Teil vom Regelsatz erhalten.

Parallel zum Niedriglohnsektor ist im Rahmen der Hartz-Gesetze ein Maßnahmen- und Programmarbeitsmarkt entstanden, in dem vor allem langzeitarbeitslose Menschen festsitzen und im Rahmen des „Forderns und Förderns“ als 1-Euro-Jobber schufteten oder ihr Lohn dem Unternehmen bis zu 100 Prozent erstattet wird. (...)

Immer mehr öffentliche und private Unternehmen ziehen sich weiter aus ihrer Verantwortung zur Schaffung von regulären Arbeitsplätzen zurück. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass eine bewusst erzeugte Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte forciert wird: **mit Hinweis auf die leeren Kassen wird eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz gefördert, notwendige Arbeiten durch Arbeitskräfte aus dem „Sozialen Arbeitsmarkt“ erledigen zu lassen.**

Quelle: gewerkschaftsforum.de

@lptraum - sind Bundestagsabgeordnete (monatlich 10.083,47 €) in Not ?**Immer mehr Menschen können offenbar von einem Job alleine nicht leben, hart trifft es auch Politiker.**

Darf eine Gesellschaft ihre Schwächsten so im Stich lassen ?

Immer mehr Politiker können offenbar von ihrem Hauptberuf alleine nicht mehr leben und müssen daher entwürdigende Zweitjobs in der Wirtschaft annehmen. Das ergab eine Erhebung des Instituts Opinion Control.

„Es ist schockierend, welche Verhältnisse wir in der Politikbranche angehtroffen haben“, erklärt Opinion-Control-Chef Heinz Geiwasser. „Offenbar reichen die 10.083,47 Euro, die ein Bundestagsabgeordneter monatlich bezieht, für viele nicht annähernd, um über die Runden kommen.“



Deshalb seien immer mehr Politiker dazu gezwungen, nebenberuflich für dubiose Startups Lobbyarbeit zu verrichten, gegen Honorar Reden zu halten, als Anwalt zu arbeiten oder in den Aufsichtsräten verschiedener Firmen zu sitzen.

Nicht wenige brauchen sogar gleich mehrere Nebenjobs, um sich über Wasser halten zu können.

Der Auswertung zufolge geht es FDP- und Unionspolitikern offenbar am schlechtesten: Von ihnen sind die meisten auf Zusatzeinkünfte angewiesen. So arbeiten 53 Prozent aller FDP-Abgeordneten nach Feierabend weiter. Allein FDP-Chef Christian Lindner lebt so prekär, dass er sich in dieser Legislaturperiode bislang noch mindestens 311.500 Euro dazuverdienen musste.

Ähnlich oft nebenher jobben müssen Abgeordnete der CSU (46 Prozent) und der CDU (32 Prozent).

Politiker anderer Parteien sind seltener betroffen. Ihr Anteil liegt zwischen 15 Prozent (Grüne) und 21 Prozent (AfD) aller Abgeordneten.

Quelle: Der Postillon



@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Juli - 2020

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 16, Ausgabe 7

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Nur noch jeden 1. Montag im Monat
von 18.00-19.00 Uhr
Kundgebung in der Innenstadt,
Georgstraße / Schiller-Denkmal

„Hartz IV geht uns alle an!“

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
„Offene Tür“: ein Angebot der katholischen Kirche
Mo.-Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. 12.00 - 16.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: **Telefon 0511 / 270 739-0**

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr bis 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover (Üstra-Linie 10)
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

IG Metall-Arbeitskreis „Erwerbslose“

Jeden 1. Mittwoch im Monat 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr
IG Metall-Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover



Raschplatz montags ab 16.30 Uhr



Raschplatz dienstags ab 17.30 Uhr

Obdachlosenhilfe Hannover e.V.
Jeder kann helfen!



Raschplatz donnerstags ab 15.30

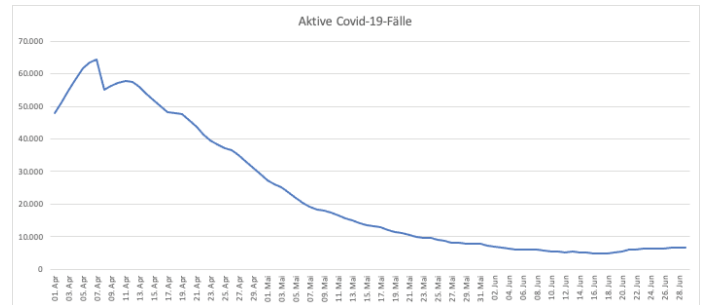
@l p t r a u m



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto H.-D.Grube
IBAN: DE58201100222494378184



@l p t r a u m - Corona-Zahlen Ende Juli 2020



Verschörungstheorien: Wem gehört die Wahrheit ?

Mit dem Begriff „Verschwörungstheorie“ wird im öffentlichen Diskurs im Allgemeinen unbedacht, das heißt naiv, umgegangen. **Hinterfragt wird dieser Begriff nicht.** Er wird schlicht verwendet, so, als wäre es absolut klar, was eine Verschwörungstheorie ist und was nicht und dass es sich dabei natürlich um etwas absolut Falsches und Grausliches, ja dem Wahnsinn nahe Stehendes handeln muss. Rasch ist ein unliebsamer Standpunkt mit diesem Wort etikettiert, und praktischerweise erspart man sich damit oft auch gleich die Argumente gegenüber abweichenden oder bizarr anmutenden beziehungsweise gegnerischen Weltanschauungen.

15 Jahre @l p t r a u m 2005 - 2020: Kostenlose Hannoversche Zeitung

Über 185 Print- & Onlineausgaben gegen den Sozialabbau für Menschen in prekären Lebenslagen
Mitglied im DPV Deutscher Presse Verband
[Verband für Journalisten e.V. Hamburg] www.dpv.org
Aktuelle Informationen & Material:
www.alptraum.org oder:
www.hannover-gegen-sozialabbau.de
WLAN-Hotspot alptraum.org
unter: <https://hannover.freifunk.net/karte/#/de/map/b04e26b07bba>

Spenden für Druck- & Papierkosten bitte an: Postbank Hamburg,
IBAN: DE58201100222494378184

Druck: Copyshop Hannover Copy excellent,
Arndtstr. 6, 30159 Hannover
<http://copy-excellent.de/>

@l p t r a u m gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben